

FRANKFURTER MANIFEST

ZUR WEITERENTWICKLUNG VON KOOPERATIONEN IM DEUTSCHEN WISSENSCHAFTSSYSTEM

PARTNER DES MANIFESTES

GSI HELMHOLTZZENTRUM FÜR SCHWERIONENFORSCHUNG GMBH, DARMSTADT /
GOETHE-UNIVERSITÄT, FRANKFURT / KIT (INSTITUT FÜR TECHNOLOGIE),
KARLSRUHE / MAX-DELBRÜCK-CENTRUM FÜR MOLEKULARE MEDIZIN, BERLIN-BUCH /
SENCKENBERGISCHE NATURFORSCHENDE GESELLSCHAFT, FRANKFURT /
TECHNISCHE UNIVERSITÄT, DRESDEN / UNI-KLINIKUM CHARITÉ, BERLIN



INHALT

| | |
|-----------------|-----------------------------------------------------------------|
| <i>Seite 03</i> | EINLEITUNG |
| <i>Seite 04</i> | HERAUSFORDERUNGEN DES DEUTSCHEN WISSENSCHAFTSSYSTEMS |
| <i>Seite 05</i> | ARGUMENTE FÜR NACHHALTIGE FORMEN DER KOOPERATION |
| <i>Seite 08</i> | VIER ECKPUNKTE FÜR ZUKUNFTSWEISENDE KOOPERATIONEN |
| <i>Seite 09</i> | UNTERZEICHNER DES MANIFESTES |

Dank der finanziellen Kraftanstrengungen von Bund und Ländern hat die deutsche Forschung in den vergangenen Jahren an internationaler Strahlkraft gewonnen; jedoch laufen mit der Exzellenzinitiative sowie dem Pakt für Forschung und Innovation hierfür wichtige Förderprogramme 2015 bzw. 2017 aus. Ob und in welcher Form sie verlängert werden, ist zurzeit noch offen.

Wenn es um die Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems geht, muss eine wesentliche Frage lauten: Wohin sollen sich die deutschen Forschungseinrichtungen entwickeln? Vertreter aller Wissenschaftsorganisationen sind sich heute einig: Es bedarf weiterer Investitionen von Bund und Ländern in die Forschung, um den erreichten Status zu halten; dies trifft erst recht mit Blick auf eine weitere Profilschärfung der Wissenschaft zu. Unumstritten ist, dass dabei innovative Kooperationsmodelle von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen einen substantiellen Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Forschung leisten.

In diesem Manifest äußern sich nun erstmals gemeinsam universitäre und außeruniversitäre Partner, die dabei sind oder denen es bereits gelungen ist, institutionalisierte Verbindungen im Sinne dauerhafter »Wissenschaftsverbände« auf den Weg zu bringen und damit vorbildhaft auf das deutsche Wissenschaftssystem einzuwirken.

Kennzeichnend für sie sind ihre thematische Nähe zueinander sowie ihre Einbettung in starke Wissenschaftsregionen, die eine hohe Dichte exzellenter Forschungseinrichtungen aufweisen. Anders als herkömmliche Kooperationen verfolgen sie eine langfristige Zusammenarbeit, die Elemente einer gemeinsamen *governance* sowie gemeinsame Strategien zur Fortentwicklung von Forschungsvorhaben, Lehre und Nachwuchsförderung aufweisen.

Die Unterzeichner dieses Manifestes sehen sich zu dieser Stellungnahme aufgerufen, um erfolgreiche Modelle für die Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems aufzuzeigen, aber auch um die aus ihrer Sicht hierfür notwendigen Rahmenbedingungen gegenüber der Politik deutlich zu machen.

HERAUSFORDERUNGEN DES DEUTSCHEN WISSENSCHAFTSSYSTEMS

Aus Sicht der in diesem Manifest vereinten Einrichtungen kennzeichnen folgende strukturellen Defizite die deutsche Wissenschaft:

Die historisch gewachsenen Forschungssäulen in Deutschland haben zu organisatorischen, rechtlichen sowie finanziellen Asymmetrien zwischen der universitären und der außeruniversitären Forschung geführt; sie erschweren effiziente Kooperationen und behindern strukturell »Partnerschaften auf Augenhöhe«, die bislang nur in einzelnen Fällen und unter großen Anstrengungen, insbesondere bei Überwindung vieler juristischer Hürden, zustande kommen konnten.

Die zunehmende Komplexität aktueller Forschungsfragen setzt eine Inter- und Transdisziplinarität voraus, die sich von der Grundlagenforschung bis zu ihrer Anwendung erstreckt. Durch enge Partnerschaften lassen sich komplementäre Kompetenzen und Stärken zwischen einer öffentlich und privat finanzierten Forschung besser nutzen. Die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern hat einen wichtigen Anstoß gegeben, disziplinäre und strukturelle Grenzen zu überwinden – doch nur punktuell und befristet finanziert.

In den vergangenen Jahren ist mit dem Pakt für Forschung und Innovation von Bund und Ländern eine solide institutionelle Finanzierungsgrundlage für außeruniversitäre Forschungsorganisationen geschaffen worden, nicht jedoch für Universitäten. Hier stieg infolge stagnierender Hochschulbudgets die Bedeutung befristeter drittmittelfinanzierter, insbesondere programmorientierter Forschung des Bundes oder auch der EU. Diese birgt die Gefahr einer thematischen Engführung sowie einer zu starken Orientierung am *mainstream*, was risikobehaftete Vorhaben der Grundlagenforschung eher verhindert. Zudem fehlt es Universitäten an stabilen Finanzierungswegen zum Aufbau und Unterhalt international konkurrenzfähiger Infrastrukturen.

Oft gelingt es nicht, Studierende frühzeitig an Spitzenforschung heranzuführen und Strukturen für eine umfassende Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu etablieren. Gründe dafür sind: die institutionelle Trennung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung, die zunehmende universitäre Binnendifferenzierung in Forschung und Lehre sowie die international nicht wettbewerbsfähigen Betreuungsverhältnisse an deutschen Universitäten mit gegenwärtigen Durchschnittswerten von 70 Studierenden pro Professur.

ARGUMENTE FÜR NACHHALTIGE FORMEN DER KOOPERATION

Unsere Gesellschaft steht heute vielfach unter Handlungsdruck, insbesondere bei großen Themen wie Demografie- und Klimawandel, Energiewende oder neue Therapien zur Behandlung von Volkskrankheiten. Antworten auf solch komplexe Fragen kann nur die Wissenschaft in großen transdisziplinären Verbänden geben; diese wiederum erfordern eine langfristige, institutionelle Zusammenarbeit zwischen universitären und außeruniversitären Forschungspartnern. Insofern kommt dauerhaften Wissenschaftsverbänden auch in dieser Hinsicht eine Schlüsselfunktion für die Fortentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems zu. Die in diesem Manifest vertretenen Partner teilen somit folgende Ziele:

MEHR INNOVATION UND QUALITÄT

Kooperationen zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bieten die Chance, verschiedene Forschungsansätze und Wissenschaftskulturen zu verbinden. Gleichzeitig trägt der Brückenschlag zwischen universitärer und außeruniversitärer Grundlagen- und Anwendungsforschung dazu bei, leistungsfähige Strukturen der Spitzenforschung zu etablieren, die übergreifende Verbände ermöglichen und dabei das gesamte Spektrum der wissenschaftlichen Wertschöpfungskette erfassen. Derlei strukturell-strategische Partnerschaften stärken die Innovationskraft in Deutschland.

STEIGERUNG DER INTERNATIONALEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Die institutionelle Verbindung von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ermöglicht, die derzeit häufig noch befristeten Vorhaben der Zusammenarbeit zu international erfolgreichen Wissenschaftsverbänden auszubauen. Diese wiederum sind bei der Rekrutierung internationalen Spitzenpersonals von eminenter Bedeutung, das vor allem in der Lage ist, zu neuen wissenschaftlichen Durchbrüchen zu verhelfen. Solche Wissenschaftsverbände sind somit unverzichtbar, um wettbewerbsfähige Zentren der Spitzenforschung entstehen zu lassen, die das Potential für hochklassige Berufungen haben und sich dauerhaft zu deutschen »Top«-Adressen entwickeln können.

ERHÖHTE SICHTBARKEIT

Die hier vertretenen Forschungseinrichtungen sind schon jetzt in einzelnen Feldern international sichtbar. Dennoch gelang es keiner, in den einschlägigen Rankings unter die 50 weltbesten zu kommen, auch weil bei solchen Vergleichen ausnahmslos die Leistungsfähigkeit von Universitäten im Fokus steht. Die im Zuge der institutionellen Partnerschaften bereits geschaffenen und geplanten Forschungsvorhaben, Spitzenberufungen sowie die unter einer gemeinsamen Affiliation möglichen Publikationen von Forschungsergebnissen tragen dazu bei, auch in dieser Hinsicht weltweit die Sichtbarkeit der deutschen Forschung zu erhöhen. Dazu sind allerdings folgende Voraussetzungen notwendig:

MEHR INSTITUTIONELLE HANDLUNGSFREIHEIT

Langfristig angelegte strategische Partnerschaften zwischen universitären und außeruniversitären Einrichtungen erfordern ein hohes Maß an organisatorischer Flexibilität, um die vielfältigen Strukturen der Kooperationen zu etablieren. Dafür sind Eckpunkte zu entwickeln, die die Nachhaltigkeit solcher Formen der Institutionalisierung sowie deren Autonomie gewährleisten. Die in diesem Manifest vereinten Einrichtungen liefern Beispiele dafür, wie staatliche Detailsteuerung gelockert werden kann, Zuständigkeiten geklärt werden und Verantwortung stärker an Personen festzumachen ist.

GEMEINSAME GOVERNANCE ALS VORAUSSETZUNG FÜR STRATEGISCHE BESCHLÜSSE

Durch innovative Modelle einer gemeinsamen, handlungsfähigen *governance* zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen lässt sich über die bisher projektförmige und punktuelle Kooperation hinaus eine dauerhafte strategische Weiterentwicklung gemeinsamer Forschungsschwerpunkte und Infrastrukturen sicherstellen.

ZUSAMMENARBEIT IN DER AKADEMISCHEN AUSBILDUNG UND NACHWUCHSFÖRDERUNG

Der Ausbildung des akademischen Nachwuchses sowie des wissenschaftlichen Spitzenpersonals von morgen kommt eine wichtige Rolle zu. Entscheidend ist daher die frühe Heranführung der Studierenden an die Forschung sowie die Sicherstellung eines fruchtbaren Austauschs zwischen Lernenden und Forschenden. Das Zusammenwirken von universitären und außeruniversitären Einrichtungen bei der Nachwuchsförderung durch gemeinsame Berufungen, Masterstudiengänge, Doktorandenkollegs und Nachwuchsgruppen trägt somit wesentlich dazu bei, Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu verbessern.

ENTWICKLUNG UND EFFIZIENTE NUTZUNG WISSENSCHAFTLICHER INFRASTRUKTUR

Angesichts der wachsenden Bedeutung wissenschaftlicher Infrastruktur – insbesondere von Großgeräten in den Natur-, Lebens- und Technikwissenschaften – wird die dauerhafte Zusammenarbeit von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung, dem Aufbau sowie dem Betrieb von gemeinsamen Infrastrukturzentren zu einem wichtigen Wettbewerbsvorteil. Durch gezielte Koordination kann eine Konzentration zukünftiger Investitionen in die Infrastruktur gewährleistet sowie der Aufbau redundanter, kostspieliger Strukturen vermieden werden.

VIER ECKPUNKTE FÜR ZUKUNFTSWEISENDE KOOPERATIONEN

Die Unterzeichner dieses Manifestes sind überzeugt: Die Zukunftsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems hängt entscheidend davon ab, unterschiedliche Modelle von Wissenschaftsverbänden zu fördern, insbesondere institutionalisierte Partnerschaften von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Dies kann nur gelingen, wenn Bund und Länder die dafür erforderlichen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen bereitstellen. Folgende 4 Punkte sind dabei unverzichtbar:

01

Bund und Länder sind offen für neue Formen der institutionalisierten Zusammenarbeit von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und unterstützen die Diversität bereits bestehender Modelle. Generell sind jedoch die Rahmenbedingungen festzulegen, die langfristig das Bestehen solcher Wissenschaftsverbände gewährleisten.

02

Bund und Länder billigen den Kooperationspartnern – gegebenenfalls durch die Einführung von Experimentierklauseln – institutionelle Autonomie in allen Handlungsfeldern zu – von der Einrichtung von Studiengängen bis hin zur internen Organisation.

03

Bund und Länder schaffen die erforderlichen Voraussetzungen, um die Arbeitsfähigkeit der Hochschulen in ihrer Breite langfristig sicherzustellen. Darüber hinaus müssen jedoch zur weiteren Ausdifferenzierung und Qualitätssteigerung des deutschen Wissenschaftssystems Strategien für gemeinsame Vorhaben der Spitzenforschung von außeruniversitären und universitären Einrichtungen ins Zentrum der Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Pakte gerückt werden – darunter die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation.

04

Bund und Länder erkennen ihre Verantwortung für die Förderung von Spitzenforschung und garantieren dafür verlässliche Rahmenbedingungen. Sie sind bereit, rechtliche und steuerliche Hindernisse zu beseitigen; dazu gehört eine zeitgemäße Änderung des Artikels 91b im Grundgesetz, die eine Finanzierung der strukturellen Wissenschaftsverbände durch den Bund ermöglicht.

UNTERZEICHNER DES MANIFESTES



PROF. DR. HORST STÖCKER

WISSENSCHAFTLICHER GESCHÄFTSFÜHRER GSI
HELMHOLTZZENTRUM FÜR SCHWERIONENFORSCHUNG GMBH /
DARMSTADT



PROF. DR. WERNER MÜLLER-ESTERL

PRÄSIDENT DER GOETHE-UNIVERSITÄT /
FRANKFURT



PROF. DR. EBERHARD UMBACH

PRÄSIDENT KIT (INSTITUT FÜR TECHNOLOGIE) /
KARLSRUHE



PROF. DR. WALTER ROSENTHAL

VORSITZENDER DES STIFTUNGSVORSTANDES UND
WISSENSCHAFTLICHER VORSTAND
MAX-DELBRÜCK-CENTRUM FÜR MOLEKULARE MEDIZIN (MDC) /
BERLIN-BUCH



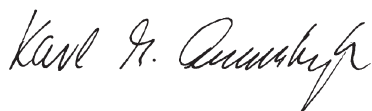
PROF. DR. VOLKER MOSBRUGGER

GENERALDIREKTOR SENCKENBERGISCHE
NATURFORSCHENDE GESELLSCHAFT /
FRANKFURT



PROF. DR. HANS MÜLLER-STEINHAGEN

REKTOR DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT /
DRESDEN



PROF. DR. KARL MAX EINHÄUPL

VORSTANDSVORSITZENDER UNI-KLINIKUM, CHARITÉ /
BERLIN

IMPRESSUM

Herausgeber

PROF. DR. HORST STÖCKER
PROF. DR. EBERHARD UMBACH
PROF. DR. VOLKER MOSBRUGGER
PROF. DR. KARL MAX EINHÄUPL
PROF. DR. WERNER MÜLLER-ESTERL
PROF. DR. WALTER ROSENTHAL
PROF. DR. HANS MÜLLER-STEINHAGEN

Redaktion

DR. CHRISTINE BURTSCHIEDT

Gestaltung

STEPHAN GRAFIKDESIGN / FRANKFURT

Druck

DRUCKBOMBE

**UNTERSTÜTZT VON DER
JOHANNA-QUANDT-UNIVERSITÄTS-STIFTUNG**

Partner des Manifestes

